

Einwilligung gegenüber der Kommune in die elektronische Bekanntgabe in der Gewerbesteuer

Kassenzeichen (auszufüllen durch das Unternehmen)

Gewerbesteuerpflichtige:r

Name / Firmenbezeichnung

Steuernummer

Daten der/des bescheidempfangsberechtigten Person/Unternehmens

Familienname

Vornamen

Firmenname

ELSTER-Benutzerkonto-ID¹

E-Mail Adresse

Hinweis: Hier ist ausschließlich die ID des Empfängers/der Empfängerin für die Zustellung in Mein Unternehmenskonto anzugeben.

Mandantennummer (falls vorhanden)

Steuerberaternummer (falls vorhanden)

Einwilligung in die elektronische Bekanntgabe²

Ich willige in die elektronische Bekanntgabe von Gewerbesteuerbescheiden an mich selbst ein.

Gültigkeit

Die Einwilligung in die elektronische Bekanntgabe gilt grundsätzlich zeitlich unbefristet. Ein Widerruf jederzeit möglich. Ich erkläre mich mit meiner Unterschrift damit einverstanden, dass alle Daten elektronisch bei der Kommune gespeichert werden.

Hinweis bei steuerlicher Vertretung

Es ist zwingend erforderlich, dass die Angaben zur bevollmächtigten Person mit den vorliegenden Daten übereinstimmen. Ansonsten kann die elektronische Bekanntgabe nicht erfolgen. Sie können zu diesem Antrag ergänzend eine entsprechende Vollmacht übermitteln.

Ort

Datum

Unterschrift empfangsberechtigte Person

- 1 Um die eindeutige Zustellung zu gewährleisten, muss hier die ELSTER-Benutzerkonto-ID des Steuererklärenden für die Zustellung in Mein Unternehmenskonto angegeben werden. Eine Benutzerkonto-ID der DATEV oder eines anderen Herstellers von Steuerberatungssoftware ist nicht zulässig, da Bescheide ansonsten lediglich in deren Postfach zugestellt und nicht mehr den Steuerpflichtigen zugeordnet werden können.
- 2 Die Einwilligung in die elektronische Bekanntgabe gilt für alle bekanntzugebenden Gewerbesteuerbescheide (einschließlich Vorauszahlungs- und Zinsbescheide). Alle weiteren Dokumente werden weiterhin per Post bekannt gegeben.

Die Einwilligung in die elektronische Bereitstellung des Gewerbesteuerbescheides zum Datenabruf kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.
Widerruf der Einwilligung:

Geht ein Widerruf der Einwilligung zur elektronischen Bekanntgabe oder die Bestellung eines Empfangsbevollmächtigten aus der Gewerbesteuererklärung wenige Tage vor dem Versand der elektronischen Benachrichtigung beziehungsweise der Bereitstellung des Bescheides bei der heheberechtigten Gemeinde ein, kann es in Einzelfällen aus technischen Gründen dennoch zu einer elektronischen Bekanntgabe kommen. In diesem Fall

- kann die heheberechtigte Gemeinde den zum Abruf bereitgestellten Bescheid nicht mehr löschen.
- kann ein nachträglich bestimmter Empfangsbevollmächtigter den Bescheid nicht elektronisch abrufen.
- wurde der zum Abruf bereitgestellte Bescheid nicht wirksam bekannt gegeben.
- wird die Bekanntgabe des Gewerbesteuerbescheides gegenüber dem Unternehmen oder dem nachträglich bestimmten Empfangsbevollmächtigten nachgeholt.

Ausnahmen von der elektronischen Bekanntgabe:

Die heheberechtigte Gemeinde behält sich vor, Bescheide trotz Einwilligung in die elektronische Bekanntgabe auf andere Weise bekannt zu geben (zum Beispiel auf dem Postweg), wenn eine elektronische Bekanntgabe nach § 122a AO aus technischen Gründen nicht möglich sein sollte oder ein Erfordernis für die Bekanntgabe auf andere Weise besteht.